

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigenstellen entgegen. — Geschäftsverteilung: Druckerei - Leipzig Nr. 22.

Veröffentlichungen: Die Anzeigenstellen nehmen die Anzeigen entgegen. — Geschäftsverteilung: Druckerei - Leipzig Nr. 22.

Veröffentlichungen: Die Anzeigenstellen nehmen die Anzeigen entgegen. — Geschäftsverteilung: Druckerei - Leipzig Nr. 22.

Nr. 20

Sonnabend, den 24. Januar 1925

20. Jahrgang

Zwischennote über Köln?

London, 21. Januar. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß in den letzten Tagen die Tendenz in Kreisen der Alliierten und namentlich der englischen Regierung dahin gehe, nach Berlin sobald wie möglich nicht eine endgültige, sondern eine vorläufige Note in der Kölner Frage zu richten, um auf die in der deutschen Note enthaltenen Argumente und Fragen zu antworten. Dadurch würde Zeit für eine eingehende Erörterung der endgültigen Note gewonnen werden, die naturgemäß von grundlegender Wichtigkeit sein wird.

Schwedens Völkerbundantwort.

Stockholm, 22. Januar. Heute wurde der offizielle Wortlaut der Antwort Schwedens auf die deutsche Völkerbundnote veröffentlicht. Schweden erkennt den deutschen Anspruch auf einen Sitz im Völkerbund an. Die Vorbehalte jedoch, die Deutschland gegenüber dem Artikel 16 des Völkerbundpaktes zu machen wünsche, widersprechen nach schwedischer Auffassung dem Geiste des Völkerbundes.

Herriot über seine Ruhepolitik.

Paris, 22. Januar. Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte setzte der alliierte Abgeordnete Oberkirch seine Angriffe gegen die Regierung Herriot fort. Der Abgeordnete Albert Poncey erklärte, die jetzige Regierung habe es nicht verstanden, den vollen Nutzen aus den französischen Anstrengungen im Ruhrgebiet zu ziehen und habe die deutsche Wunde nicht in Rechnung gezogen. Deutschland besage sich nur einem Stärkeren. Herriot erwiderte: Ich bin der Ansicht, daß die Stabilisation der Ruhrpolitik Frankreich eine solidere Stellung gegeben hat. Um die Hauptfrage auf dem Gebiete der Ruhepolitik, die Frage der Befestigung der Kölner Zone, kämpft meine Regierung. Sie verteidigt den Friedensvertrag und stellt die alliierte Front wieder her. Ich bin gut unterrichtet über die Haltung der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Kölner Zone, doch ich vermute es, den Friedensvertrag nicht nur nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste zu interpretieren. Ich weiß, daß es zwei verschiedene Deutschland gibt. Man darf nicht alle Deutschen in einen Topf werfen. Tut man das, dann muß man auf die Entspannungspolitik verzichten und die Hoffnung auf Frieden aufgeben. Ich arbeite ohne Illusionen für den Frieden. — Hierauf erklärte Herriot, er billige die auswärtige Politik der jetzigen Regierung. Er glaube, daß man einen Unterschied zwischen den Katholiken Frankreichs machen müsse. Die Reichspolitik sei nicht unvereinbar mit einer Vertretung Frankreichs beim Vatikan. Er sehe keine moralischen und materiellen Vorteile in einem Abbruch. Herriot beschwor die Wehrheit und die Regierung, den Bruch zu verhindern. — Herriot ersuchte, die weitere Diskussion auf morgen zu vertagen. Er werde zu Beginn der Sitzung das Wort ergreifen.

Trendelenburgs Antwort auf die französischen Vorschläge.

Berlin, 22. Januar. Staatssekretär Trendelenburg wird heute, wie die Telegraphenunion in Bekräftigung der Pariser Meldung erzählt, dem Handelsminister Rathenau die deutsche Antwort auf die letzten französischen Vorschläge unterbreiten. Wie die Telegramme weiter erzählt, wird Trendelenburg in dieser Antwort erklären, daß es der deutschen Delegation nicht möglich sei, auf die französischen Forderungen einzugehen.

Deutschland zahlt pünktlich.

Genf, 22. Jan. Zu dem Bericht im Reparationsausschuß meldet Dabas, daß Gilbert den Nachweis für die zunehmende wirtschaftliche Wiedererstarung Deutschlands erbracht habe, die die Garantie für die pünktlichen Eingänge der Darlehenszahlungen den Alliierten gebe. Die Reparationskommission erteile einstimmig dem Generalagenten Entlastung. Nach dem Gilbertschen Bericht hat Deutschland 85 Prozent der Friedensproduktion wieder erreicht.

Kein französisch-deutscher Militärpakt.

Berlin, 22. Januar. Die Pariser Meldung, daß Reichskanzler Dr. Luther Frankreich einen gegenseitigen militärischen Garantiepakt angeboten habe, entspricht, wie die Telegramme von zuständiger Stelle erzählt, nicht den Tatsachen.

Rücktritt des sächsischen Innenministers?

Berlin, 22. Jan. Die „Sächsische Zeitung“ meldet aus Dresden, daß der sozialdemokratische sächsische Innenminister Müller demnächst aus dem Kabinett ausscheiden und die Stelle des Reichshauptmanns von Chemnitz übernehmen werde. Der Müllers Nachfolger sein werde, sei noch nicht fest. Zunächst werde der Ministerpräsident des Innenministeriums mit Verwaltung.

Reichstagsmehrheit für Luther.

246 mit Ja, 160 mit Nein, 39 Stimmenthaltungen. Die Demokraten Gewehr bei Fuß.

Knappe Mehrheit von 86 Stimmen.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde kurz nach 7 Uhr verkündet. An der Abstimmung beteiligten sich 445 Abgeordnete. Mit „Ja“ gestimmt haben 246, mit „Nein“ 160. Enthaltend haben sich 39 Abgeordnete.

Das Haus war bei der Abstimmung ziemlich stark besetzt, wie aber doch ziemlich erhebliche Lücken auf. Bei der Abgabe der Stimmkarten konnte man feststellen, daß die Deutschnationalen und die Volkspartei geschlossen weiße Karten abgaben, also mit „Ja“ stimmten, beim Zentrum nur die Mehrheit. Der frühere Reichskanzler Wirth überreichte ostentativ eine rote „Nein“-Karte, andere Mitglieder des linken Zentrums-Klüngels gaben blaue Karten ab, d. h. sie enthielten sich der Stimmabgabe, wieder andere Mitglieder des linken Zentrums, wie z. B. Abg. Noos und Frau Teuch schloßen bei der Abstimmung. Die Demokraten gaben durchweg blaue Enthaltungskarten ab. Hier ist gegen eine erhebliche Minderheitsfraktion, zwang für Stimmenthaltung beschloßen worden. Mit „Nein“ stimmten geschlossen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der dritte Tag der politischen Aussprache.

Als erster Redner der zweiten Rednerreihe nimmt

Abg. Müller-Franken (Soz.)

das Wort. Der Redner fragt den Reichskanzler, wie seine Behauptung, daß sein Kabinett kein Kampfkabinett sei, sich mit den aggressiven Ausführungen des Grafen Helldorf vereinigen könne. (Zustimmung links.) Die Deutschnationalen wollen wieder zurück in den „alten Kaiserstaat Wilhelm II.“. Damals wurden die hohen Beamten nur aus den privilegierten Schichten entnommen. Man will nicht nur die sozialdemokratischen Beamten beseitigen, sondern auch die Angehörigen des Zentrums. Der Redner erklärt dann, daß seine Fraktion, der Mahnung des Reichskanzlers folgend, bereit sei, auf einer ganzen Reihe von Gebieten praktisch mitzuarbeiten. Der Redner lehnt jede „Reaktionspolitik“ ab und verlangt eine Politik der Verständigung. Der deutschnationalen Abg. Schlang-Schöningen habe die Wiederkehr des Kalkertums gepredigt. So etwas schaffe keine Friedensatmosphäre, ebensowenig wie die „einseitigen Schwärzereien“ des Prof. Roethe (Unruhe rechts). Gegen Korruptionsercheinungen im öffentlichen Leben müsse mit eiserner Befestigung ohne Ansehen der Person, auch ohne Ansehen von Familienbeziehungen, vorgegangen werden. Mit ihren Angriffen gegen die Ostjuden sollten die Herren von der Rechten doch sehr vorsichtig sein. Auch die Deutsche Volkspartei habe unter den Ostjuden einen ihrer größten Geldgeber. (Lachen und Widerspruch.) Prinz Eitel Friedrich sei zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er im Flugzeug Juwelen über die Grenze gebracht habe. Der Redner erklärt, daß seine Partei das gegen sie vorgebrachte Material nicht zu scheuen hat. Keiner der Barmaleute seien Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Der „Bormaleute“ habe nie einen Pfennig von Barmat bekommen. Herr v. Graefe solle sich lieber um den Vandalismus des Nationalsozialismus kümmern. Der Redner fragt, ob der Beschluß des Kabinetts über die Staatsform von Zeit zu Zeit wiederholt werde. (Weiterkeit.) Die Republikaner müßten wachsam sein. Der Redner schließt mit einer Wührauserklärung gegen das Kabinett. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Dnt.)

bezeichnet die jetzige Regierung als ein Produkt des Volkswillens, der sich bei zwei Reichstagswahlen gezeigt habe. Mit der neuen Regierung beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Republik. Die Deutschnationalen stehen auf dem Standpunkt der vollkommenen Volksgemeinschaft. Hindenburg steht dem der Klassengedanke des Marxismus gegenüber. Gewiß könne man auch mit diesen Anschauungen in gewissen wirtschaftlichen Fragen zusammengehen, aber in den höchsten Grundfragen der Kultur und des Christentums scheiden sich die Wege. Die Sozialdemokratie sei nicht die alleinige Vertreterin der Arbeiterschaft. Eine Vorzeit, ja sogar eine politische Verleumdung sei die Behauptung, daß der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung die sozialpolitische Reaktion bedeute. Der Redner erklärt, daß seine Partei ihre Politik auch mit der Arbeiterschaft machen wolle und sich nach wie vor an dem Ausbau der Sozialpolitik beteiligen werde. (Beifall rechts.)

Abg. von Harboff (D. Spl.)

bestreitet entschieden, daß die Deutsche Volkspartei die letzte Regierungskrise verschuldet habe. Der Redner tritt für die Erhaltung des konfessionellen Friedens und die Überbrückung der konfessionellen Gegensätze ein. Selbstverständlich gehöre die Politik nicht auf die Kanzel. (Zustimmung.) Gewisse Entgleisungen seien aber nicht zu vermeiden. Das wisse doch besonders jeder Parlamentarier. Diese ganzen Dinge seien doch nur an den Haaren herbeigezogen. Der Redner bebauet dann die Ausführungen des Abg. Dr. Freitscheld zur Entlastungsfrage. In welcher Lage werde ein deutscher Außenminister versetzt, wenn er sich vom Ausland müßte sagen lassen, daß in seinem eigenen Parlament diese Dinge als wahr unterstellt werden. (Stürmische Zustimmung rechts, Lärm bei den Soz.) Der Redner stellt fest, daß auch verschiedene internationale Generale der Abwesenheit sind, daß die Entlohnung Deutschlands vollständig ist. Jetzt handle es sich nicht um die Frage: Republik oder Monarchie, sondern um die Frage: Republik oder Chaos. Den Barmatfandol sollte man der feineren bürgerlichen Auffassung noch nicht politisch ausschließen. In beanstandet ist nur die Vergabe von Millionenkrediten an zweifelhafte Unternehmungen, während fest fundierte solide Unternehmungen sich nach Krediten von 5—7000 Mark die Gaden ablaufen müßten. Der Redner fordert, daß der Reichstag wieder auf seine Aufgaben der Gesetzgebung zurückgeführt werde. Die Ermächtigungsgesetze könne nicht länger regiert werden. Die Parteien müßten Selbstdisziplin und Selbstprüfung üben. (Beifall rechts.)

Abg. Schmeier (Soz.)

verlangt von der Regierung eine Erklärung über die Unruhen.

Abg. Dr. Haas (Dem.)

wendet sich gegen die Polemik des Harboff gegen die Demokratische Partei und gegen den Herr v. Harboff, der bisher immer die sich in Anspruch nehmen konnte, habe sich in dieser Weise seine bisherigen Prinzipien. Er habe die Grenze des Demagogens hart gestimmt links.) Wenn auch die Deutschnationalen erkennen würden, daß es sich um Republik handle, so wäre das ein zu begrüßender Schritt. Die Deutsche Volkspartei trage die große Schuld an den Krisen der letzten Zeit. (Widerspruch rechts.) Man be gestärkt, ohne daß man sich wach, wie im Kabinett bilden sollte. (Neuer Widerspruch.) Die bisherige Opposition der Deutschnationalen sei weder sachlich noch national gewesen. Verantwortungsmüde Opposition werde man vielleicht in den nächsten Wochen von den Demokraten lernen können. Staatsautorität sei gleichbedeutend mit Republik. Am liebsten sei aber eine Republik, in der Monarchisten regieren. Der Redner fragt, warum Herr Reubaus denn jetzt den Eid auf die Republik leide. Die Ernennung Reubaus zum Minister sei für alle Republikaner eine schwere Provokation. (Zustimmung links.) Das Innenministerium sei noch nie mit einem so ungeeigneten Mann besetzt worden wie Schiele. Der Redner verteidigt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das wenigstens erstlich habe, daß die rechtsradikalen Organisationen jetzt etwas zurückhaltender geworden sind. Wir haben kein Vertrauen zum Kabinett, erwarten aber, daß es im Sinne der Regierungserklärung handelt.

Abg. Hampe (Wirtsch. Verein.)

sagt der Regierung Unterstützung zu, wenn sie besonders die Interessen des Mittelstandes wahrnehme.

Abg. Graf Reventlow (Nationalsoz.)

erhebt zunächst Einspruch gegen die Beschuldigung einer böswilligen Propaganda, die sich mit dem Barmatfandol beschäftigt. Er polemisiert dann gegen den sozialdemokratischen Abg. Freitscheld und weist darauf hin, daß der betrügerische Bankier Barmat niemals der böswilligen Partei angehört habe. (Lachen links.) Der Redner behauptet, daß die neue Regierung die bisherige Ruhepolitik fortsetzen wolle. Der Barmatfandol sei nur ein Akt Ausschreitungen des internationalen Barmatfandols. Der Redner kritisiert dann die Maßnahmen des Reichspräsidenten, wie die eines Gewerkschaftsvertreters.

Damit schließt die Besprechung der Regierungserklärung. Dann folgt die Abstimmung über die Willkürerklärung mit dem oben gemeldeten Ergebnis.

Darauf verlegt sich der Reichstag auf Sitzung 1 Uhr mit der Tagesordnung: Handelsvertragsverhandlungen.

Neue Montag



Januar 1925
Anker

(E. V.)

Januar 1925
Anker

Wahlen
Anker

Stimmungs
Anker

Stoffe
Anker

Butter
Anker

35

35

35

35

35

35

35

SLUB

Wir führen Wissen.